

Rwanda verhandelt über Aufnahme von US-deportierten Migranten

Rwanda führt Gespräche mit den USA über die Aufnahme von abgeschobenen Migranten. Trotz Menschenrechtsbedenken strebt Kigali an, als Zielort für US-Immigranten zu agieren.



Rwanda befindet sich in den frühen Verhandlungen, um Einwanderer aus den Vereinigten Staaten aufzunehmen. Dies gab der ruandische Außenminister Olivier Nduhungirehe am Sonntagabend im Fernsehen bekannt.

Rund um das Thema Migration in Ruanda

In den letzten Jahren hat sich Ruanda als Zielort für Migranten etabliert, die von westlichen Ländern abgeschoben werden sollen. Trotz der Bedenken von Menschenrechtsgruppen, die auf die unzureichende Einhaltung grundlegender Menschenrechte in

Kigali hinweisen, hat das Land diese Rolle angenommen.

Abkommen mit Großbritannien und dessen Auswirkungen

Im Jahr 2022 unterzeichnete Kigali ein Abkommen mit Großbritannien, um Tausende von Asylsuchenden aus dem Vereinigten Königreich aufzunehmen. Dieses Abkommen wurde jedoch im vergangenen Jahr von dem neu gewählten Premierminister Keir Starmer aufgehoben. Nduhungirehe betonte in einem Interview mit dem staatlichen Sender Rwanda TV: „Wir befinden uns in Gesprächen mit den Vereinigten Staaten.“

Aktuelle Gespräche mit den USA

„Es hat noch nicht den Status erreicht, dass wir genau sagen können, wie es weitergeht, aber die Gespräche dauern an und befinden sich noch in der frühen Phase“, fügte er hinzu.

Einwanderungspolitik unter Donald Trump

US-Präsident Donald Trump startete während seiner zweiten Amtszeit im Januar eine umfassende Offensive gegen die Einwanderung und versuchte, das US-Flüchtlingsansiedlungsprogramm einzufrieren. Seine Regierung arbeitete intensiv daran, illegale Einwanderer und andere Nicht-Staatsbürger abzuschieben.

Risiken für Migranten und die Rolle der UNHCR

Das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) warnte, dass die Gefahr besteht, dass einige Migranten, die nach Ruanda geschickt werden, in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden könnten, aus denen sie geflohen sind. Kigali hingegen

wies diese Vorwürfe zurück und beschuldigte das UNHCR, falsche Informationen zu verbreiten.

Fälle von Rückführungen und rechtliche Herausforderungen

Im vergangenen Monat deportierte die US-Regierung einen irakischen Flüchtling nach Ruanda, den sie lange zu extradieren versuchte, nachdem die irakische Regierung behauptet hatte, er sei für den Islamischen Staat tätig gewesen, wie ein US-Beamter und eine interne E-Mail bestätigten.

Im April blockierte der Oberste Gerichtshof vorübergehend die Regierung von Trump, die eine selten verwendete Kriegsrechtsregel herangezogen hatte, um eine Gruppe venezolanischer Migranten abzuschieben, die sie als Gangmitglieder beschuldigte.

Details

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)